
Veröffentlichungsdatum: 22-07-2008



Die Medien-Hysterisierung der Kritiken im Berichtsentwurf der EK und im Bericht von OLAF sei übermäßig, halten Vertreter der sozialistischen Partei Bulgariens. Laut den Sozialisten seien Bulgarien und Rumänien Sündenböcke von Prozessen, die in der EU verliefen, berichtet Radio "Darik". "In Rumänien wurde das ganze SAPARD-Programm gesperrt, während in Bulgarien nur einige Maßnahmen aus dem Programm gesperrt sind", sagte der Sekretär der BSP-Partei Anton Kutew. "Wir wissen über die Probleme Bescheid, viele davon sind in unserer Administration und es muss an der Verbesserung der Kommunikation drinnen gearbeitet werden", ergänzte er.

Laut seinen Worten seien solche Berichte, wie der zu erwartende morgen, gewöhnlich kritisch und es werde sie jedes Jahr geben. "Wenn die Regierung bei jedem solchen Bericht zurücktritt, wird es jedes Jahr Wahlen geben", erklärte er. Er meinte, dass sich die Situation bei neuen Wahlen nicht viel von der derzeitigen unterscheiden werde. Er äußerte die Hoffnung, dass die EK die Prozesse begreife, die in Bulgarien verlaufen, und die bedeutsame Arbeit der Regierung in den letzten Wochen berücksichtige. Gestern kommentierte der Euroabgeordnete Atanas Paparissow für BNT, dass der EK-Fortschrittsbericht für Bulgarien zu schnell und wider allen europäischen Verfahren geschrieben worden sei. "Ich bin erstaunt, dass eine so politisierte Debatte über solche konkreten Fragen geführt wird", sagte Paparissow.